

Offene und demokratische Universitäten

Wir fordern offene und demokratische Universitäten.

Das beinhaltet vor allem:

- **Die Abschaffung der Studiengebühren für alle Studierenden**, an Universitäten wie Fachhochschulen. Überschreitungen von Studienzeiten sind oft nicht freiwillig, sondern Umständen wie etwa Berufstätigkeit oder Kinderbetreuung geschuldet. Universitäten sollten offene Einrichtungen sein, weshalb nicht einzusehen ist, warum Studierende aus Drittstaaten finanziell mit Studiengebühren belastet werden. Vor allem potentiellen StudentInnen aus Ländern des Südens wird dadurch ein Studium in Österreich geradezu verunmöglicht.
- **Keine Zugangsbeschränkungen bzw. Studieneingangs- und Orientierungsphasen (STEOP)** zum Studium. Zugangsbeschränkungen erschweren vor allem Angehörige sozial benachteiligter Gruppen und Frauen den Zugang zu universitärer Bildung.
- **die Verbesserung der Arbeits-, Lehr- und Lernbedingungen** sowohl für die Angehörigen des allgemeinen als auch des wissenschaftlichen/künstlerischen Personals sowie für Studierende.
- **Deutliche Anhebung des Globalbudgets für die Universitäten**, Gebäudesanierung, besserer Betreuungsschlüssel zwischen Studierenden und Lehrenden. Schnüren eines konkreten und verbindlichen Konjunkturpaketes für tertiäre Bildung und Forschung.
- **Strukturierte Karriereöglichkeiten für das allgemeine Personal** z.B. durch die Einsetzung von InstitutsmanagerInnen. Das Leiten von Instituten, Departements, Organisationseinheiten etc.kann nicht nur

Aufgabe des wissenschaftlichen Personals sein.

- Nachvollziehbare und transparente Dokumentation über den Mitteleinsatz an den Universitäten um einen entsprechend objektiven Überblick über die finanzielle Situation, Finanzierungsengpässe und zweckmäßige bzw. am Bedarf orientierte Mittelverwendung zu erlangen.
- Eine grundlegende **Reform des Universitätsgesetzes**: d. h. Wiederherstellen der universitären Selbstverwaltung, Entmachtung der Uni-Räte, breitere Verankerung betriebsrätlicher Mitbestimmungsrechte für das allgemeine sowie wissenschaftliche/künstlerische Personal in den universitären Gremien (z.B. in Berufungskommissionen; Aufhebung der ProfessorInnenmehrheit sowie Sitz und Stimmrecht für die BetriebsrätInnen). Darüber hinaus stehen wir für eine Stärkung des Uni-Senats: keine Vormachtstellung der ProfessorInnenkurie, stärkere Vertretung des allgemeinen Universitätspersonals mit jedenfalls mehr als einem/r VertreterIn.
- Für Führungskräfte: verpflichtende Aus- und Weiterbildung zur Aneignung und Stärkung sozialer Kompetenz und von Führungsqualitäten.
- Die **Förderung des Zugangs von bildungsfernen, finanziell schlechter gestellten Schichten an Universitäten und Fachhochschulen**: Ermöglichung der Absolvierung fachspezifischer universitärer Kurssysteme für ArbeitnehmerInnen mit Lehrabschluss bis hin zur Öffnung des Studiums für ArbeitnehmerInnen mit Lehrabschluss. Das Ablegen der Studienberechtigungsprüfung bzw. der Berufsreifepfung, welche in der Frage des Hochschulzugangs mit einer Matura gleichzusetzen ist, soll verstärkt beworben und gefördert werden.
- Gleichzeitig muss **berufsbegleitendes Studieren** erleichtert werden, etwa über ein besseres Angebot an

Blockseminaren, Abendveranstaltungen, Lehrveranstaltungen an Wochenenden und speziellen Prüfungsterminen für Berufstätige, die außerhalb der klassischen Kernarbeitszeiten liegen.

- Die Ermöglichung einer **durchgängigen universitären Laufbahn** für wissenschaftliches Personal (z.B. Abschaffung der Kettenvertragsregelung, Vermeidung prekärer Beschäftigungsverhältnisse).